

Das Konzept des Sozialkapitals in der stadtpolitischen Diskussion

Margit Mayer

1 Einleitung

In der Debatte um neue Formen öffentlich-privater Kooperation in der Stadtentwicklung steht „privat“ nicht nur für Investoren und andere privatwirtschaftliche Akteure, durch deren Einbindung in die „Urban Governance“ Standortvorteile maximiert werden sollen. Es geht auch um eine Intensivierung bürgerschaftlicher Partizipation an kommunalen Planungs- und Entwicklungsprozessen.¹ Was die Parität der jeweiligen Partnerschaft anlangt, so droht der kommunale Partner gegenüber Akteuren aus dem privatwirtschaftlichen Sektor, insbesondere wenn es sich um Global Players handelt, leicht auf Zwergengröße zu schrumpfen. In Bezug auf zivilgesellschaftliche Akteure jedoch stellt sich das Problem der „Augenhöhe“ anders dar: Bei der Aktivierung und Nutzung gesellschaftlicher Selbstorganisationspotenziale ist umstritten, ob die damit verknüpfte Aufwertung des Assoziationswesens gegenüber macht- bzw. geldbasierten Organisationen eher den neoliberalen Rückzug des Staates aus sozialen Sicherungssystemen bemäntelt oder aber eine tatsächliche Stärkung lokaler Demokratie erlaubt.

In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird diese Auseinandersetzung häufig entlang des Sozialkapital-Konzepts geführt. Dieses trage dazu bei,

„Potenziale bürgerlichen Engagements zu identifizieren und Ansatzpunkte dafür zu liefern, wie marginalisierte Gruppen ... befähigt werden können, sich selbst zu organisieren und artikulieren. Es kann als Instrument nützlich sein, Stadtplanung und Stadtpolitik auf einen wesentlichen Aspekt zu fokussieren, nämlich auf die gesellschaftliche Integration und die eigenverantwortliche Beteiligung der Bürger an der Stadtentwicklung.“²

Begriffe wie Sozialkapital, lokale Kohäsion und Inklusion spielen inzwischen eine Schlüsselrolle im Diskurs um Stadtentwicklung und um die „soziale Stadt“. Sie seien besser als der klassische Partizipationsdiskurs geeignet, die neuen kumulativen Probleme städtischer Armutskonzentration in den Blick zu nehmen und integrierte Handlungsansätze zu entwickeln.

Sowohl in der sozialwissenschaftlichen Analyse wie auch in der Policy-Beschäftigung mit der sozialen Stadt- und Quartiersentwicklung haben sich über dieses neue Vokabular auch Begründungszusammenhänge und Erklärungsmuster herausgebildet, mit denen neue städtische Problemlagen gedeutet werden. Beispielsweise wird sozialräumliche Konzentration von Armut und Kriminalität als Mangel an sozialer Kohäsion und Barriere für lokale Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Dem soll mittels aktivierender, integrierender und gebietsbezogener Verfahren begegnet werden.

Jedoch demonstriert eine genauere Betrachtung der Art und Weise, wie diese Begriffe in der internationalen stadt(teil)entwicklungspolitischen Debatte angewandt werden, dass es sich zumindest beim Sozialkapital um ein höchst ambivalentes Konzept handelt, das sein Versprechen auf Inklusion und Kohäsion nur unter sehr spezifischen Bedingungen einlösen kann. Während es einerseits hilfreich ist, indem es komplexe Ausgrenzungsprozesse auf die politische Agenda setzt und die Rolle intermediärer Strukturen in den Blickpunkt rückt, produziert es doch andererseits systematische Blindstellen, die ein angemessenes Verständnis der gegenwärtig stattfindenden Umwälzungen und Ausgrenzungen eher erschweren. Auch in der Bundesrepublik hat sich inzwischen ein breiter Sozialkapital-Diskurs entfaltet.³ Dabei schwingt oft die Hoffnung mit, das „Sozialkapitalkonzept könnte sich als ‚Toolbox‘ oder zumindest als ‚Nukleus‘ für eine ideologiefreie Systematisierung eignen“.⁴ Wie im Folgenden gezeigt wird, eignet es sich jedoch – wie auch wie die mitimportierte Terminologie der „Aktivierung“ in Bezug auf marginalisierte Gemeinschaften – eher dazu, die Aktivierung und Mobilisierung „von unten“ in sehr spezifische, eng definierte Richtungen zu lenken.

Im Stadtentwicklungsdiskurs kommt dem Sozialkapital-Konzept eine wachsende Rolle zu. Zugrunde liegt die Annahme, dass die Ressourcen und Potenziale zivilgesellschaftlicher Netzwerke und bürgerschaftlichen Engagements als „Kapital“ in die Bewältigung neuer städtischer Problemlagen eingebracht werden können.

Prof. Dr. Margit Mayer
Freie Universität Berlin
John F. Kennedy-Institut
für Nordamerikastudien
Lansstraße 7–9
14195 Berlin
E-Mail:
mayer@zedat.fu-berlin.de

2 Die Attraktivität des Sozialkapital-Konzepts

Der Ursprung des Sozialkapital-Konzepts liegt vor allem in der von Putnam angeführten Debatte um das – seiner Beobachtung nach schwindende – Sozialkapital in den USA, die durch globale Institutionen wie OECD und Weltbank sowie durch akademische Transferprozesse weltweit verbreitet wurde. Das Bourdieusche Soziale Kapital dagegen hat sich kaum durchzusetzen vermocht.⁵ Impliziert ist mit der Wortneuschöpfung (die Putnam von Coleman⁶ übernommen hat), dass neben den bekannten, nicht-sozialen Kapitalformen (Finanzkapital, materielles, physisches und Humankapital) eine soziale Variante von Kapital existiert, die wie die anderen Kapitalformen die Fähigkeit besitzt, sich durch Nutzung zu vermehren.⁷ Das „Kapital“ an sich gilt also als ökonomische Kategorie, seine Modifizierung als „sozial“ signalisiert das Bemühen neoklassischer Ökonomen, die als limitiert erkannte rein ökonomische Sichtweise zu transzendieren, indem die lange vernachlässigten gesellschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen des Marktgeschehens bzw. des wirtschaftlichen Wachstums betont werden. Ob beabsichtigt oder nicht: Indem diese Wortkombination bürgerschaftliche Ressourcen und zivilgesellschaftliche Netze und Aktivitäten als Kapitalform markiert, werden sie zu wirtschaftlichem Verhalten bzw. zu Vermögenswerten – ein Spracheffekt, der durchaus beeinflusst, wie restriktiv bürgerschaftliche Selbstorganisation in diesem Diskurs wahrgenommen wird.

Das zentrale Argument des Sozialkapital-Diskurses besteht darin, dass sowohl die wirtschaftliche Vitalität wie auch die demokratische Qualität einer Region davon abhängig seien, wie viel soziales Kapital ihre Bewohner nutzen können. Dieser Nutzungsgrad wiederum hängt vom Niveau der bürgerschaftlichen Aktivitäten ab, denn es sind die freiwilligen Vereine und sozialen Netzwerke, die – indem sie Reziprozitätsnormen und bürgerschaftliches Engagement fördern – soziales Kapital generieren.⁸ Die Definition gesellschaftlicher, von Vertrauen und Reziprozität geprägter Ressourcen als Sozialkapital macht nicht nur deren „produktive“ Eigenschaften den ähnlich produktiven ökonomischen Faktoren vergleichbar⁹, sondern impliziert obendrein, dass sie – unabhängig von konkreten Zielen und

partikularen Bedingungen – positive soziale Konsequenzen generieren, die zugleich von privatem (Gesundheitsverbesserung, Karriereerfolg) wie auch öffentlichem Nutzen (Toleranz, effiziente Problemlösungen für die Gemeinschaft, effektive Demokratie) sind und deshalb zum Florieren der Gemeinschaft führen, deren Teil sie sind.

Diese normative Definition von Sozialkapital – also die Betonung des Nutzens von wechselseitiger Unterstützung, Kooperation, Vertrauen und institutioneller Effektivität – erschwert es allerdings, soziale Netzwerke und Beziehungen, die nicht demokratieförderlich sind, ebenfalls in den Blick zu nehmen. Zugleich lenkt sie ab von Gemeinschaftsformen, die repressive oder antidemokratische Effekte haben.¹⁰

Obwohl viele der begrifflichen Inkonsistenzen der ursprünglichen Formulierung des Ansatzes¹¹ inzwischen dank einer Flut von Forschungsarbeiten zu Theorie und Praxis des Sozialkapitals deutlich benannt worden sind, zieht sich weiterhin eine zentrale definitorische Schwachstelle durch die Literatur: nämlich die Gleichsetzung des Sozialkapitals mit den Ressourcen, die durch seine Anwendung erlangt werden. Ursache, Funktion und Ergebnis werden in einem logischen Zirkularitätsschluss verschmolzen.¹² Nach wie vor wird diese problematische Definition von Sozialkapital in einer Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen, in unterschiedlichsten politischen Debatten, in der Entwicklungspolitik der Weltbank für den Süden genauso wie in den neuen Handlungsansätzen für „bedrohte Stadtteile“ bzw. bestimmte soziale „Problemgruppen“ im Norden benutzt.

Dennoch ist der mit dem Konzept verbundene Fokus auf den sozialen Voraussetzungen ökonomischer Prozesse zunächst produktiv und erklärt teilweise auch die Popularität des Konzepts, die vergleichbar ist mit der Beliebtheit verschiedener Meso-Konzepte, die auf das notwendige Zusammenwirken von privaten, öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen verweisen (welfare mix, mixed economy etc.) oder das „embedding“ wirtschaftlicher wie politischer Variablen in mediären gesellschaftlichen Strukturen betonen, wie Nachbarschaften, Vereine, Kirchen und Stadtteilorganisationen. Auch das Sozialkapital ist ein Mischkonzept, das die Zusammenführung ökonomischer und sozialer Ressourcen verspricht und aus der

(1) Heinz (1998); Devas (1999), S. 21

(2) Schnur (1999), S. 261

(3) Zum sozialen Kapital im Allgemeinen bspw. Braun (2001); Klein u.a. (2004); Kühlmann/Freitag (2004); Offe/Fuchs (2001); in der Quartiers- und Stadtentwicklung Evers (2001); Evers u.a. (2000); Haus (2002); Matthies/Kauer (2004); Schnur (2003)

(4) Schnur (1999), S. 260

(5) Vgl. Braun (2001)

(6) Coleman (1988)

(7) „Like other forms of capital, social capital is productive ...“ (ebda., S. 98)

(8) Putnam (1993a und b, 1995b, 2000, S. 19)

(9) The positive consequences of sociability are viewed as „sources of power and influence, like the size of one's stock holdings or bank account“ (Portes 1998, S. 2)

(10) Vgl. Roth (2003); Portes/Landolt (1996)

(11) Putnam (1993a)

(12) OECD (2001), S. 43

Einbettung wirtschaftlicher Aktivitäten in eine historisch gewachsene Vertrauenskultur Gewinne in Aussicht stellt.

Das Interesse hinter diesem neuen Bewusstsein der Bedeutung nicht-ökonomischer Voraussetzungen ist allerdings primär ein Interesse an gesteigerter wirtschaftlicher Performanz. Es wird angenommen, dass die Verfügbarkeit von Sozialkapital gesteigerte Konkurrenzfähigkeit sowie soziale Kohäsion impliziert, ein Mangel daran dagegen mit mangelndem wirtschaftlichen Erfolg korreliert, folglich mit Stagnation, Armut und sozialer Exklusion.¹³ Das Ziel entsprechender politischer Programme ist logischerweise nicht mehr die Herstellung sozialer Gleichheit (z.B. mittels Einkommenstransfers), sondern „Inklusion“ – die vor allem über Partizipation am Arbeitsmarkt definiert wird. Als Instrument zur Erreichung dieses Ziels gilt die Aktivierung der „marginalisierten“ Anwohner durch umfassende Handlungsansätze und die Entwicklung von Sozialkapital.¹⁴

Bei der weltweiten Verbreitung des Sozialkapital-Ansatzes spielte die Weltbank eine sehr wichtige Rolle. Als im Laufe der 1990er Jahre die Grenzen der rein neoliberalen Politik des „Washington Consensus“¹⁵ deutlich wurden, gelangten soziale Zielsetzungen und staatliche Interventionen wieder auf die Tagesordnung. Dabei bezog sich die Weltbank auf die positiven Konnotationen der Putnamschen Definition.¹⁶ Indem die hier vertretene Konzeption von Sozialkapital die positiven, effizienz- und demokratiesteigernden Konsequenzen zivilgesellschaftlicher Vernetzungen hervorhebt, ist sie attraktiv für politische Entscheidungsträger auf der Suche nach nicht-ökonomischen (kostengünstigen) Lösungen für soziale Probleme. Indem sie die ökonomische mit der gesellschaftlichen Analyse verknüpft, wurde sie auch für die sozialwissenschaftliche Forschung attraktiv, die in vergleichender Forschung in einer Vielzahl von Bereichen festgestellt hat, dass ökonomische Performanz von verschiedensten nicht-ökonomischen Entwicklungen abhängig ist.

Im städtischen Kontext erwies sich die Anziehungskraft des Sozialkapital-Konzepts besonders stark. Stadtforscher ebenso wie lokale Entscheidungsträger, Planer und Bürgerinitiativen haben das Konzept aufgegriffen und in vielfältiger Weise in ihre jeweilige Arbeit integriert.

Die innovativen Potenziale der Nachbarschaften bzw. lokaler Trägerorganisationen sind zunächst vor allem in Nordamerika, wo sowohl Stiftungen als auch Bundesprogramme Erneuerungsstrategien für verfallende Stadtviertel aufgelegt haben, frühzeitig mit der Perspektive des Sozialkapitals identifiziert worden. In den USA hat eine breite kommunitaristische Tradition längst den Boden für solche Sichtweisen vorbereitet.¹⁷ Aber seit den 1990er Jahren ist auch in europäischen Ländern eine Umorientierung von einer sozialen zu einer stärker räumlichen Definition von Entwicklung zu beobachten. Statt bestimmter (Ziel-)Gruppen werden nun vermehrt spezifische (benachteiligte) Quartiere gefördert, statt der universell definierten Transferzahlungen des Keynesianischen Wohlfahrtsstaats kommen zunehmend Politiken zur wirtschaftlichen Revitalisierung zur Anwendung, die mit räumlichen, auf besondere Regionen und Quartiere zielenden Programmen erreicht werden soll. Ob „Soziale Stadt“ in Deutschland, „Neighborhood Renewal Fund“ in Grossbritannien, „Entreprises d'insertion“ und „regies du quartier“ in Frankreich oder die Palette von EU-Förderprogrammen für soziale Ökonomie und territoriale Beschäftigung: Alle verfolgen Gebiets- statt Fachprogramme und bündeln ressortübergreifende Massnahmen mit dem Ziel der (unternehmerischen bzw. erwerbsarbeitsorientierten) Aktivierung der jeweils adressierten (Problem-)Gruppen.

In Deutschland haben einzelne Länder (NRW, Hamburg) bereits in den 1980er Jahren Vorläuferprogramme für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ etabliert. Hier sowie in einer Bandbreite von wegweisenden Publikationen des BMFSFJ, der KGST, der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, des Sozialministeriums von Baden-Württemberg und schließlich in der von der Bundesregierung eingerichteten Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“¹⁸ erscheinen Zivilgesellschaft bzw. die hier angesiedelten Drittsektor-Organisationen als prädestiniert, lokale Bedürfnisse und Ressourcen zu organisieren und bereitzustellen, also „lokales Sozialkapital“ in den und für die betreffenden Quartiere(n) zu produzieren.¹⁹ Stiftungen wie die Bertelsmann Stiftung, bisweilen in Zusammenarbeit mit Organisationen wie dem Verein Aktive Bürgerschaft, unterstützen diesen

(13)
Vgl. Harloe (2001)

(14)
Vgl. Evers (2001); Evers u.a. (2000)

(15)
Der Terminus „Washington Consensus“ stammt von John Williamson (1990, S. 1): „Washington' meant primarily the International Monetary Fund (IMF), the World Bank, the US Executive Branch ... and the think tanks concerned with economic policy. It seemed to me that one could identify 9 or 10 policy areas in which 'Washington' could muster something like a consensus on what countries ought to be doing, and so I labeled this program the 'Washington consensus' or the 'Washington agenda'“ (vgl. auch Williamson 1997, S. 60 f.). Der „Washington Consensus“ stellte eine Reaktion auf den vorherigen interventionistischen Ansatz in der Entwicklungspolitik der Weltbank während der McNamara-Ära dar, die von keynesianischer und modernisierungspolitischer Intervention charakterisiert war. Stattdessen wurden nun Handelsliberalisierung, Privatisierung und Deregulierung betont (vgl. Fine 2001, S. 134).

(16)
Vgl. die Webseite der Weltbank zu „social capital“ (www.worldbank.org/poverty/scapital/methods/index.htm)

(17)
Vgl. Sirianni/Friedland (1995); Gittel/Avis (1998); Chupp (1999); Rubin (2000); Warren (2001); Sirianni/Friedland (2001)

(18)
BMFSFJ (1996); KGST (1999), Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997); Sozialministerium Baden-Württemberg (1996); Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (2002)

(19)
Auch wenn manche Programme wie bspw. das 1999 etablierte Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ sich nicht der Terminologie des Sozialkapitals bedienen, unterscheidet sich dessen integrierter und sozialraumorientierter Handlungsansatz, der einerseits davon ausgeht, dass benachteiligte Quartiere selbst benachteiligende Wirkung haben, andererseits nicht nur Defizite sondern v.a. Potenziale in diesen Quartieren identifizieren will, nicht grundsätzlich von der „Philosophie“ des Sozialkapitalansatzes. Das Soziale Stadt-Programm hat in den letzten vier Jahren in über 300 Programmgebieten in 230 deutschen Städten über 1 Mrd. Euro ausgegeben (vgl. DIFU 2002; 2003; Walthers/Mensch 2004).

Das Sozialkapital-Konzept lenkt von den Ursachen sozialräumlicher Ausgrenzungsprozesse ab. Statt dessen depolitisiert und moralisiert es sie und nutzt zivilgesellschaftliche Aktivierung und Beteiligung dafür, neoliberale Restrukturierungen stärker gesellschaftlich zu verankern und ihre Verwerfungen zu managen.

Trend zur Betroffenen-Aktivierung mit Best-Practice-Forschung. Sozialwissenschaftler bzw. akademische Unterstützer innerhalb Deutschlands²⁰ und auf europäischer Ebene²¹ definieren die Arbeit von Stadtteil- und Bürgerorganisationen als wichtige Beiträge zur Herstellung lokalen sozialen Kapitals, da sie politische Partizipation steigern und soziale und wirtschaftliche Bedingungen v. a. in benachteiligten Stadtteilen verbessern – sei es, indem sie „capacity building“ oder komplexe Public-Private-Partnerships initiieren und durchführen oder aber indem sie öffentlichen Druck auf Politik und Verwaltung mobilisieren.

Der spezifische Mehrwert, den das Sozialkapital-Konzept in die Analyse der Stadtentwicklungspolitik einbringt, liegt also in der Beschreibung der Arbeit der involvierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, ihrer spezifischen Problemlösungs- und Vernetzungskompetenz und ihrer Fähigkeit, lokale Beteiligungsprozesse zu (re)vitalisieren. Das Konzept lenkt damit analytische Aufmerksamkeit nicht nur auf die Einbettung kultureller Faktoren in der Meso-Ebene gesellschaftlicher Strukturen wie Nachbarschaften, (kirchlichen o. a.) Gemeinden, Freiwilligen- und Stadtteil-Assoziationen, sondern ist auch dazu angetan – indem es die Rolle der vermittelnden Ebenen der Sozialstruktur für das Funktionieren der gegenwärtigen Demokratie ins Zentrum rückt –, die sich herausbildenden Kollaborations- und Kooptationsprozesse sowie die Entstehung charakteristischer neuer (Mikro-)Unternehmensformen in den intermediären städtischen Milieus einzufangen. Allerdings lenkt es aufgrund seiner spezifischen Verkürzungen und Blindstellen dabei gleichzeitig ab von der zunehmend problematischen Strukturierung der lokalen Vereins- und Interessengruppen durch die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen.

disruptiven Repertoires orientierten sozialen Bewegungen. Zweitens wird innerhalb der sich aktuell verschiebenden Matrix von Staat und Zivilgesellschaft auch die eigene Verortung nicht reflektiert, was schliesslich drittens dazu führt, dass die Schwächen und Risiken lokaler Assoziationen und bürgerschaftlicher Selbstorganisation im Kontext der gegenwärtigen neoliberalen Umstrukturierungsprozesse heruntergespielt werden.

Im Folgenden steht das letztgenannte Problem im Vordergrund; es ist für eine realistische Einschätzung neuer Governance-Formen zentral.²²

Oppositionelle Bewegungen sind – obwohl sie im Prozess der Protestmobilisierung normalerweise jene Substanz generieren, die heute als „Sozialkapital“ gehandelt wird – selten gemeint, wenn im Rahmen des neuen Diskurses von zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation die Rede ist. Dabei wäre ein kausaler Zusammenhang zwischen der Arbeit solcher Gruppen und demokratisierenden Effekten sicherlich eindeutiger auszumachen als bei den Vereinen und NGOs, die der Weltbank und anderen Sozialkapital-Befürwortern so sehr am Herzen liegen. Jene Bewegungen thematisieren vernachlässigte und ausgegrenzte „issues“, ziehen Politiker zur Verantwortung und scheuen weder den Konflikt mit Unternehmerinteressen noch mit der staatlichen Macht. Aber sie zeigen eben auch, dass die Gesellschaft keineswegs so harmonisch kooperiert, wie in der Welt der Sozialkapitalisten suggeriert wird, wo Kategorien wie Ausbeutung, Macht und Herrschaft nicht vorgesehen sind und weder multinationale Unternehmen und Banken noch oppositionelle Bewegungen als Akteure auftauchen.

In dem in der Stadtpolitik geführten Sozialkapital-Diskurs tauchen weder unternehmerische Stadtentwicklungsstrategien noch Standortkonkurrenz oder Deindustrialisierung auf, wenn es um die Begründung der Notwendigkeit der sozialen Rekonstruktion der Stadt bzw. des Quartiers geht. Dabei haben deren Effekte massiv zu den neuen städtischen Problemlagen beigetragen bzw. vormals existierende Formen des heute so genannten „Sozialkapitals“ zerstört. Die Transformation des politökonomischen Kontextes und die Wirkung, die die aktuelle Rekonfiguration von Markt, Staat und Zivilgesellschaft auf (städtische) Gemeinschaften hatte, beschreiben jedoch eine

(20) Siehe u.a. Evers u.a. (2000); Geissel/Kern (2000); Herrmann/Lang (2001); Kersting (2002); Franke u.a. (2000); Birkhölzer /Lorenz (2001); Schnur (2003)

(21) Vgl. eine Vielzahl von Begleitforschungsprojekten zu diversen einschlägigen EU-finanzierten Programmen, wie z.B. Evers/Schulze-Böing (1997); Borzaga u.a. (1999); Lloyd u.a. (1999); Campbell (1999); Moulart (2000); Defourny/Borzaga (2001); Martinelli u.a. (2002)

(22) Vgl. zu den anderen Mayer (2003)

3 Verkürzungen und Blindstellen im aktuellen Sozialkapital-Diskurs

In der Art und Weise, wie die neue Rede vom Sozialkapital in der Praxis angewandt wird, sind vor allem drei Probleme zu benennen: Erstens führt das einseitig normative Verständnis der Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft zur Ausgrenzung von bestimmten Formen bürgerschaftlichen Engagements, vor allem von an Protest und

systematische Leerstelle in den Geschichten von „capacity building“ und Quartiers-Revitalisierung. Weder von Globalisierung noch von Neoliberalismus oder New Economy ist die Rede. Stattdessen lenkt das Sozialkapitalkonzept das Interesse auf die Identifizierung und Mobilisierung der „Potenziale und Ressourcen“ problembehalteter Stadtteile²³ und nicht darauf, die Ursachen und Akteure hinter den neuen Ausgrenzungs- und Polarisierungsformen zu analysieren und zu nennen.

Nähme man diese Ursachen mit in den Blick, wären die ökonomischen Restrukturierungsprozesse seit der Krise des Fordismus und die parallelen (national)staatlichen Rekonfigurationsprozesse in ihren Auswirkungen auf städtische Zivilgesellschaften zu erkennen. Diese Prozesse implizierten eine Redefinition staatlicher Funktionen in Bezug auf die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen, von denen insbesondere marginalisierte städtische Gebiete betroffen sind: Die Herunterzonierung und das „outcontracting“ vormals zentral und staatlich erbrachter Policies und Dienstleistungen hatten zur Folge, dass sich Ungleichheiten und Konkurrenzen sowohl zwischen Städten wie auch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen verschärft haben²⁴; die jeweilige Zivilgesellschaft und die in sie eingebetteten Formen bürgerschaftlichen Engagements sind immer weniger – falls sie es je waren – nur von der gutartigen und demokratieförderlichen Sorte. Mit seiner unspezifizierten Unterstellung pro-sozialer und demokratischer Effekte bürgerschaftlicher Selbstorganisation trägt der Sozialkapital-Ansatz kaum zum Verständnis der Ursachen und Dynamik der neuen Formen von Unzivilität und Konflikt bei, die aus den aktuellen städtischen Umstrukturierungsprozessen resultieren. Vielmehr verschleiert er die ökonomische Ungleichheitsdynamik und die parallele Durchstaatlichung zivilgesellschaftlicher Bereiche, die die Potenziale von „civil repair“²⁵ zu nutzen versucht. Er reflektiert in keinster Weise die eigene Einbettung in diesen Zusammenhang, indem bestimmte staatliche (Implementations-)Funktionen nach unten verlagert oder privatisiert werden und bestimmte zivilgesellschaftliche Akteure (insbesondere kooperationswillige freie Träger) identifiziert werden, die besser in der Lage seien, soziale Kohäsion und wirtschaftliche Performanz zu sichern.

So zahlen wir schließlich einen hohen Preis für den Gewinn der Aufwertung von quartiersbezogener Entwicklungsarbeit von Drittsektorguppen und bürgerschaftlichen Engagements in der Stadtteilrevitalisierung. Weil die dem Diskurs inhärenten Annahmen die gegenwärtigen ökonomischen und politischen Prozesse ausblenden, verschwindet auch, wie sie die Formen zivilgesellschaftlichen Engagements vor unseren Augen transformieren. Hinweise mehren sich, dass Qualität und Dynamik der zivilgesellschaftlichen Organisationen keineswegs statisch sind, sondern sich mit den Umwälzungen in ihrem gesellschaftlichen und politischen Umfeld stark verändern. Die deregulierten Marktkräfte mit ihrer Tendenz zur Verschärfung von Ungleichheiten haben seit den 1980er Jahren ebenso wie die Restrukturierung und der Abbau des Wohlfahrtsstaats und die Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik²⁶ nicht nur zu den Problemen benachteiligter städtischer Gebiete beigetragen, sondern sie gefährden genau die Qualitäten der lokalen Initiativen und Netzwerke, die die Basis für ihren Erfolg und ihre Aufwertung darstellen: ihre sog. „empowering“ und Solidarität generierenden Kompetenzen. Eine Reihe empirischer Studien zeigt auf, wie die sich mit dem Abbau des Wohlfahrtsstaats vervielfältigenden Projekte und Initiativen, die sich der Stadtteilrevitalisierung und Armutsbekämpfung in bedrohten Quartieren widmen, in ihrer Ausrichtung und Arbeitsweise transformiert haben.²⁷

Während ihre Dienstleistungs- und Fürsprecher-Aktivitäten zunächst eher komplementär zu staatlichen Angeboten firmierten, tendieren die Organisationen inzwischen dazu, solche öffentlichen Dienstleistungen zu ersetzen bzw. kuzuproduzieren. Sie sind Teil einer Quartiersmanagement-Landschaft geworden, in der eine Palette gebietsbezogener Programme bestimmte Verhaltensmuster belohnt, andere sanktioniert. In der Konsequenz haben sich viele Organisationen zu reinen Dienstleistungsagenturen gewandelt, und wir können beobachten, dass die meisten ihre früheren Ansprüche aufgegeben haben, Problemgruppen zu „empowerment“ zu verhelfen oder gar gesellschaftliche Strukturen zu verändern. Wo sie mit ihren Einrichtungen einer lokalen sozialen Ökonomie und nachbarschaftsorientierten Waren- und Dienstleistungsangeboten auf die negativen Folgen gegenwärtiger Wachstumsprozesse wie strukturelle Arbeitslosigkeit,

(23) Repräsentativ für solche Formulierungen: „(Quartiere der ‚Armen‘) sind durch verschiedenste Konflikte und Probleme, wie etwa Rassismus, Armut und Ausgrenzung, aber – und das wird leicht übersehen – auch durch Potentiale und Ressourcen gekennzeichnet“ (Herrmann/Lang 2001, S. 18).

(24) Dangschat (1998); Hall/Hubbard (1998); Marcuse/van Kempen (2000)

(25) Alexander (2001)

(26) Obwohl die vergleichende Forschung zum Abbau des Wohlfahrtsstaats noch nicht zu schlüssigen Ergebnissen gekommen ist (vgl. Clayton/Pontusson 1998; Castles 2001), existiert doch ein Konsens hinsichtlich der Reorientierung der Sozialpolitik und der Restrukturierung der Arbeitsmarktinstitutionen innerhalb der OECD. Was die Tiefe und Qualität dieser Einschnitte anlangt, so zeigen Studien auf der Basis von einzelnen Ländern (die mit präziseren Indikatoren und Messinstrumenten arbeiten können als die Vergleichsstudien) signifikante Kürzungen bei sozialen Leistungen und Transferzahlungen sowie eine wachsende Betonung von zu Arbeit verpflichtenden Maßnahmen (vgl. bspw. Hadjimichalis/Sadler 1995; Mingione 1996; Hanesch 1997; Gebhardt 1999; Voges et al. 2000; Peck 2001; Seeleib-Kaiser 2001).

(27) Amin u.a. (2002); Eick u.a. (2004); Kingsley u.a. (1997); Mayer (1999)

Umweltprobleme und Verslumungsprozesse abzielen, erreichen sie selten die erhoffte Nachhaltigkeit.²⁸ Oft enden sie in einer Ghetto-Ökonomie, wo sie zur weiteren Isolierung der benachteiligten Bevölkerungsgruppen beitragen, indem sie diese in von der Mainstream-Ökonomie abgekoppelten lokalen Kapitalkreisläufen belassen.²⁹ Wo sie auf die gesellschaftlichen Spaltungs- und Desintegrationsprozesse abzielen, die mit traditionellen sozialstaatlichen Maßnahmen nicht zu kompensieren sind, entwickeln sie „innovative“ Handlungsstrategien, die eher dazu beitragen, die neuen Spaltungslinien in der Stadt zu verstärken.

Dieser Effekt manifestiert sich bei US-amerikanischen Nonprofits und „community organizations“, die bspw. neue Einwanderer bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche in der Form unterstützen, dass sie sie für den wachsenden informellen Sektor als Tagelöhner „qualifizieren“, anstatt sie durch herkömmliche Beschäftigungsprogramme zu schleusen.³⁰ Ebenso zeigt er sich bei deutschen freien Trägern, die bspw. im Rahmen des Quartiersmanagements alternative Sicherheitsdienste gegen „Randgruppen“ aufstellen.³¹ So wird prekären Arbeitsbedingungen und Ausgrenzungsprozessen eher Vorschub geleistet als entgegengewirkt, was sowohl die Solidarität innerhalb der ausgegrenzten Gruppen wie auch die „Empowering“-Effekte für die jeweiligen „Klienten“ unterminiert. In der heutigen Art der Bewältigung der vielfältigen Probleme ihrer Klientel sind die alten Forderungen nach gesellschaftlich sinnvollen Projekten und selbstbestimmtem Arbeiten obsolet; sie werden zunehmend von „Work-first“-Ansätzen ersetzt.

Während die EU-Programme, die solche Aktivitäten fördern, in ihrer Rhetorik die Zielsetzungen einer sozialen Ökonomie betonen, geht es bei ihrer Implementierung – ähnlich wie in der Praxis von Quartiersmanagement und Stadteilerneuerung – vor allem darum, die Innovationskraft und lokale Kompetenz der intermediären Organisationen zu nutzen, um die neuen Programme an die benachteiligten städtischen Problemgruppen zu vermitteln.³² Dabei wird es für diese zivilgesellschaftlichen Organisationen aber immer schwieriger, Solidarität und „empowerment“ zu generieren und die Defizite und Ausgrenzungen staatlicher Leistungsprogramme zu kritisieren bzw. zu kompensieren. Die Organisationen, die ihre

Klientel am erfolgreichsten „in Arbeit bringen“, mutieren entweder zu konkurrenzfähigen Firmen in der Mainstream-Ökonomie oder werden von größeren privaten Unternehmen geschluckt. Die Zahl derer, denen es gelingt, die staatlichen Programme für ihre selbstbestimmten Ziele zu nutzen und gleichzeitig deren Mängel zu kritisieren, schrumpft rapide. Die meisten verausgaben sich – unterfinanziert und an Personalmangel leidend – als Reparaturnetzwerke gegen die sich verschärfende ökonomische und soziale Desintegration.³³

Damit ist aber nicht nur das Potenzial der für die Produktion des Sozialkapitals so wichtigen intermediären Organisationen gefährdet, sondern auch die Herstellung lokaler Kohäsion und damit letztlich eine demokratische Form von Urban Governance. Die territorial-orientierten Aktivierungs- und Entwicklungsmaßnahmen wie Quartiersmanagement und Beschäftigungspakte haben keinesfalls nur die in der Programmlyrik intendierten Effekte. So verweisen diverse Studien nicht nur auf die verbesserte Lebenssituation und verstärkte gesellschaftliche Teilhabe von marginalisierten Bevölkerungsgruppen, sondern auch auf Vertreibungs- und Gentrifizierungsprozesse und darauf, dass die Beteiligung bestimmter Stadtteilbewohner bei gleichzeitiger Ausgrenzung unerwünschter Gruppen mobilisiert wird.³⁴ Dass spezifische Gemeinschaften, z. B. solche von „problematischen“ Gruppen, im Zuge dieser Maßnahmen auch zerstört werden, wird generell tabuisiert, während die Artikulationsfähigkeit und die Beteiligungsmöglichkeiten von erwünschten Gruppen gefördert werden.³⁵

4 Der Sozialkapital-Diskurs: Teil des neoliberalen Projekts

Der aktuelle Sozialkapitaldiskurs und die entsprechenden Programme, mit denen die Drittsektorguppen nun arbeiten, legen den Fokus auf die Ausgegrenzten und Benachteiligten selbst³⁶ (und nicht auf die Ursachen ihrer Ausgrenzung), definieren sie als Agenten ihres Überlebens und aktivieren so die Zuarbeit der exkludierten Gruppen zu ihrer (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt (in den Niedriglohnsektor, in Mikro-Unternehmen oder in die soziale Ökonomie), wo Markt- und Produktivitätskriterien die bislang für sie geltenden wohlfahrtsstaatlichen

(28) Das heißt die Fähigkeit, auch langfristig und ohne kontinuierliche staatliche Subventionierung diese sozialen Dienstleistungen zu erbringen. Siehe Stoecker (1997)

(29) Amin u. a. (2002)

(30) Hopkins (1995)

(31) Eick u. a. (2004)

(32) Europäische Kommission (1995, 1996); Evers et al. (2000)

(33) Vgl. Amin u. a. (2002); Eick u. a. (2004); Mayer (1999); Stoecker (1997)

(34) Vgl. Lanz (2000)

(35) Vgl. Bernt/Fritsche (2004)

(36) Bewohnereinbindung wird nur in Quartieren vorangetrieben, die als benachteiligt gelten. Bewohner wohlhabender Stadtteile werden nicht zu Adressaten von Beteiligungs- und Aktivierungsprogrammen.

Kriterien und sozialen Rechte verdrängen. Benachteiligte städtische Gruppen werden so von potenziellen sozialen Bewegungsakteuren, die die Anerkennung ihrer sozialen Rechte einklagen könnten, zu „Sozialkapitalisten“, deren Inklusion oder Teilhabe davon abhängig wird, dass sie ihre einzigen Ressourcen als Kapitalform mobilisieren.

Im Diskurs von Sozialkapital ist die Zivilgesellschaft als frei von konfligierenden materiellen Interessen konzipiert, wo allen „Stakeholdern“ ein gemeinsames Interesse an wirtschaftlicher Expansion, „community capacity“, gemeinsamen Problemlösungen und individueller Selbstverwirklichung unterstellt wird. Daher vermag der Diskurs die besondere Situation der Ausgegrenzten innerhalb dieser Zivilgesellschaft sowohl gezielt anzusprechen als auch zu suspendieren, ihre sozialen und politischen Probleme sowohl aufzugreifen als auch – allerdings in eine ökonomische Richtung – aufzulösen, d.h. durch Marktintegration auf unterster Ebene zu „lösen“. Das Ziel der Akkumulation von Sozialkapital ist nicht die wirtschaftliche Absicherung der Armen oder die Verringerung von Ungleichheit, sondern Inklusion (in die Marktgesellschaft).

Diese Kategorien haben eine gewisse Gemeinsamkeit mit den Forderungen und Zielen progressiver sozialer Bewegungen, doch ist ihr Bedeutungsgehalt ein anderer: Während die angestrebte „Mobilisierung von unten“ rhetorisch an bestimmte Traditionen oppositioneller Bewegungen anknüpft, redefiniert sie diese auf spezifische, restriktive Art. Selbsthilfe, Selbstorganisation, Betroffenenbeteiligung und Nachhaltigkeit sind wiederkehrende Versatzstücke in den verschiedenen quartiersbezogenen Programmen, bisweilen ergänzt durch Frauenförderungs- und Solidaritätsrhetorik. Mehr oder weniger implizit versprechen die Programme, über lokale Netzwerke ausgegrenzten Gruppen zu Teilhabe und Macht zu verhelfen und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu transformieren. Die Intermediären sollen dabei aber keine politischen Aktionen gegen die Armut führen, sondern sich in der Implementierung der Programme erschöpfen – „zu beschäftigt damit ..., den Armen zu helfen, als dass sie sich in Koalitionen gegen die Armut betätigen könnten“, so William C. Schambra, ein führender Sozialkapitalverfechter in den USA.³⁷

Der Sozialkapital-Diskurs wirkt also darauf hin, Exklusionsprozesse zu depolitisieren und zu moralisieren. Er bringt zwar die sozial problematischen Folgen auf die Agenda, aber nur um sie ihres politischen Gehalts zu entkleiden und in eine ökonomische Perspektive zu zwingen, wo statt Bürger- und sozialen Rechten die Imperative von Konkurrenz und Vertragspflichten gelten.

Tritt man etwas aus der Immanenz der Debatte zurück, fällt auf, dass nie zuvor zivilgesellschaftliche Netzwerke, lokaler Aktivismus und bürgerschaftliches Engagement an so prominenter Stelle in politische Maßnahmen zur Förderung von (Stadt-)Entwicklung und wirtschaftlichem Wachstum eingebaut wurden. Die Definition dieser Ressourcen und Potenziale als Sozialkapital macht sie nutzbar für die Bemühungen, das neoliberale Projekt stärker gesellschaftlich zu verankern und seine Verwerfungen besser zu managen. Die Definition erlaubt die Subordinierung sozialer und politischer Ziele unter Marktprioritäten und Standortkonkurrenz und befördert so das Entstehen eines neuen „workfare regimes“.³⁸

Um tatsächlich zur Steigerung der Vitalität der Zivilgesellschaft beizutragen, müsste das Sozialkapital-Konzept diesen Kontext – das neu entstehende politökonomische Regime – mit reflektieren. Nur wenn die Zwänge und Effekte, die dieser Kontext auf die heutigen Formen bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil ausübt, berücksichtigt werden, könnten diese tatsächlich zur Stärkung lokaler Demokratie statt zur Generierung neuer Ausschließungs- und Spaltungsprozesse beitragen. Dies würde allerdings voraussetzen, dass in der sozialwissenschaftlichen wie auch politischen Debatte die Blindstellen und Widersprüche des aktuell geführten Sozialkapital-Diskurses benannt und die Interessen politischer und oppositioneller Bewegungen genauso berücksichtigt würden wie die von weniger konfliktiven zivilgesellschaftlichen Gruppen. Und schliesslich müssten die spezifischen Kompetenzen bei der quartiersbezogenen Problemlösung und die spezifischen Governance-Fähigkeiten gebietsverankerter Trägerorganisationen durch ein entsprechend unterstützendes rechtliches und administratives Umfeld ergänzt werden. So könnte ein zivilgesellschaftlicher Partner „auf Augenhöhe“ der Markt- und Staatsakteure entstehen.

Das Sozialkapital-Konzept zielt keineswegs auf die soziale Absicherung der Ausgegrenzten, auf Bürger- und soziale Rechte. Statt dessen überfrachtet es die lokalen zivilgesellschaftlichen und intermediären Organisationen mit (Selbst-)Aktivierungs- und Reparaturanforderungen – unter den Imperativen von Konkurrenz und Vertragspflichten.

(37)
Schambra (1998, S. 49)

(38)
Jessop (1993); Peck (2001)

Literatur

- Amin, Ash; Cameron, Angus; Hudson, Ray: *Placing the Social Economy*. – London 2002
- Bernt, Matthias; Miriam Fritsche: Von Programmen zu Projekten. Die ambivalenten Innovationen des Quartiersmanagements. In: *Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt*. Hrsg.: Katja Neller, Silvia Greiffenhagen. – Opladen 2004
- Birkhölzer, Karl, Günther Lorenz (2002): Grassroots local partnerships in the Federal Republic of Germany: instruments for social inclusion and economic integration? In: *Local Partnerships and Social Exclusion in the European Union. New forms of local social governance?* Hrsg.: Mike Geddes; John Benington. – London 2002, S. 92–110
- Borzaga, Carlo; Olabe, Antxon; Greffe, Xavier: *The Third System, Employment, and Local Development. Vol. 2 – Tools to Support the Development of the Third System*. – Brüssel 1999 (Report prepared for DGV of the European Commission)
- Braun, Sebastian: Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. *Leviathan* 29 (2001) 3, S. 337–354
- Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: *Soziale Ungleichheiten*. Hrsg.: Reinhard Kreckel. – Göttingen 1983
- Campbell, Mike; Leeds Metropolitan University: *The Third System. Employment and Local Development*. – Leeds 1999 (Report prepared for the European Commission DGV)
- Castles, Francis G.: On the political economy of recent public sector development. *Journ. of European Social Policy* 11 (2001) 3, S. 195–211
- Chupp, Mark: *Investing in People through Place: The Role of Social Capital in Transforming Neighborhoods*. – Cleveland 1999
- Clayton, Richard; Pontussen, Jonas: Welfare-State Retrenchment Revisited. Entitlement Cuts, Public Sector Restructuring, and Inegalitarian Trends in Advanced Capitalist Societies. *World Politics* 51 (1998), S. 67–98
- Coleman, James S.: Social Capital in the Creation of Human Capital. *American Journ. of Sociology* 94 (1988) Supplement, S. 95–120
- Dangschat, Jens (Hrsg.): *Modernisierte Stadt - Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*. – Opladen 1998
- Defourny, Jacques; Borzaga, Carlos (Hrsg.): *The emergence of social enterprise*. – London 2001
- Deutsches Institut für Urbanistik – DIFU (Hrsg.): *Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“*. – Berlin 2002
- Deutsches Institut für Urbanistik – DIFU (Hrsg.): *Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven*. – Berlin 2003
- Devas, Nick: *Who Runs Cities: The Relationship between Urban Governance, Service Delivery and Poverty*. University of Birmingham, International Development Department 1999 (www.idd.bham.ac.uk/research/urban-governance/theme_papers/theme4.pdf)
- Eberly, Don E. (Hrsg.): *The essential civil society reader: classic essays in the American civil society debate*. – Lanham, MD 2000
- Eick, Volker; Grell, Britt; Mayer, Margit; Sambale, Jens : *Nonprofit-Organisationen und die Transformation lokaler Beschäftigungspolitik*. – Münster 2004
- Edwards, Bob; Foley, Michael; Diani, Mario (Hrsg.) (2001). *Beyond Tocqueville: Civil Society and the Social Capital Debate in Comparative Perspective*. – Hanover, NH 2001
- Europäische Kommission: *Lokale Initiativen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung*. – Luxemburg 1995
- Europäische Kommission: *Erster Bericht über lokale Entwicklungs- und Beschäftigungsinitiativen. Schlussfolgerungen für territoriale und lokale Beschäftigungsbündnisse*. – Luxemburg 1996
- Evers, Adalbert: The significance of social capital in the multiple goal and resource structure of social enterprises. In: *The Emergence of Social Enterprise*. Hrsg.: Carlo Borzaga; Jacques Defourny. – London 2001, S. 296–311
- Evers, Adalbert; Schulze-Böing, Matthias: *Mobilizing Social Capital – the Contribution of Social Enterprises to Strategies against Unemployment and Social Exclusion*, EU Research Network EMES – the Emergence of Social Enterprises. – Barcelona 1997
- Evers, Adalbert; Schulze-Böing, Matthias; Weck, Sabine; Zühlke, Werner: *Soziales Kapital mobilisieren. Gemeinwesenorientierung als Defizit und Chance lokaler Beschäftigungspolitik*. – Dortmund 2000
- Fine, Ben: *Social capital versus social theory. Political economy and social science at the turn of the millenium*. – London 2001
- Franke, Thomas; Löhr, Rolf-Peter; Sander, Robert: *Soziale Stadt – Stadterneuerungspolitik als Stadtpolitikerneuerung*. *Archiv f. Kommunalwiss.* 39 (2000) 2, S. 243–268
- Gebhardt, Thomas: *Von Welfare zu Workfare. Der Fall der Sozialhilfe in Deutschland und den USA*. *Weltrends* 24 (1999) Fall, S. 95–116
- Geddes, Mike; Benington, John: *Social exclusion and partnership in the European Union*. In: *Local Partnerships and Social Exclusion in the European Union. New Forms of Social Governance?* Hrsg.: Dies. – London 2001
- Geißel, Brigitte; Kern, Kristine: *Soziales Kapital und Lokale Agenda 21*. In: *Lokale „Agenda 21“ Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse*. Hrsg.: Hubert Heinelt, Eberhard Mühlich. – Opladen 2000, S. 257–276
- Gittel, Ross; Vidal, Avis: *Community Organizing. Building Social Capital as a Development Strategy*. – Thousand Oaks 1998
- Hadjimichalis, Costis; Sadler, David (Hrsg.): *Europe at the Margins: New Mosaics of Inequality*. – Chichester 1995
- Hall, Tim; Hubbard, Phil (Hrsg.): *The Entrepreneurial City*. – Chichester 1998
- Hanesch, Walter (Hrsg.): *Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit*. – Opladen 1997
- Harloe, Michael: *Social Justice and the City: The New „Liberal Formulation“*. *Internat. Journ. of Urban and Regional Research* 25 (2001) 4, S. 889–897
- Haus, Michael (Hrsg.): *Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde*. – Opladen 2002
- Heinz, Werner: *Public Private Partnership*. In: *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*. Hrsg.: Hellmut Wollmann, Roland Roth. – Opladen 1998, S. 552–570
- Herrmann, Heike; Lang, Barbara: *Das Soziale Kapital der Stadt*. *Nachrichtenbl. z. Stadt- und Regionalsoziol.* 15 (2001) 2, S. 18–29
- Hopkins, Elwood: *At the Cutting Edge: a Portrait of Innovative Grassroots Organizations in Los Angeles*. *Critical Planning* (1995) 2, S. 39–60
- Jessop, Bob: *Towards a Schumpeterian Workfare State? Preliminary Remarks on Post-Fordist Political Economy*. *Stud. i. Political Economy* 40 (1993), S. 7–39
- Kersting, Norbert: *Hilft Selbsthilfe? Probleme und Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements*. In: *Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik*. Hrsg.: Michael Haus. – Opladen 2002, S. 277–292
- Kingsley, G. Thomas; McNeely, Joseph B.; Gibson, James O.: *Community Building Coming of Age*. – Washington, D.C. 1997

Klein, Ansgar; Kern, Kristine; Geissel, Brigitte; Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. – Opladen 2004

Kühlmann, Marc; Freitag, Markus: Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe und Sozialkapital. *KZfSS* 56 (2004) 2, S. 326–349

Lanz, Stefan: Der Staat verordnet die Zivilgesellschaft. *Widersprüche* 20 (2000) 4, S. 39–51

Lloyd, Peter; Grange, Benoit; Shearman, Claire: The Third System, Employment, and Local Development. Vol. 3 – Tools to Support the Development of the Third System. – Brüssel 1999 (Report prepared for DGV of the European Commission)

Marcuse, Peter; Van Kempen, Ronald (Hrsg.): *Globalizing Cities. A New Spatial Order?* – Oxford 2000

Martinelli, Flava; Moulart, Frank; Ailenei, Oana: Social Innovation, Governance, and Community Building (SINGOCOM). Framework V Programme European Union (2002)

Matthies, Aila-Leena; Kauer, Kathleen (Hrsg.): Wiege des sozialen Kapitals. Bürgerengagement und lokale Ökonomie in einem ostdeutschen Stadtteil. – Bielefeld 2004

Mayer, Margit: Städtische soziale Bewegungen. In: *Neue soziale Bewegungen - Impulse, Bilanzen, Perspektiven*. Hrsg.: Ansgar Klein u. a. – Opladen 1998, S. 257–271

Mayer, Margit: Die Rolle von Stadtteilorganisationen im Kontext von Workfare. In: *Jobwunder USA – Modell für Deutschland?* Hrsg.: Lang, S.; Mayer, M.; Scherrer, Ch. – Münster 1999, S. 252–264

Mayer, Margit: The Onward Sweep of Social Capital: Causes and Consequences for Understanding Cities, Communities and Urban Movements. *Internat. Journ. of Urban and Regional Research* 27 (2003) 1, S. 110–132

Mayer, Margit; Rankin, Katharine N.: Social Capital and (Community) Development: a North/South Perspective. *Antipode* 34 (2002) 4, S. 804–808

Mingione, Enzo (Hrsg.): *Urban Poverty and the Underclass*. – Oxford 1996

Moulart, Frank u. a.: *Globalization and Integrated Area Development in European Cities*. – Oxford 2000

OECD (Hrsg.) (2001): *The Well-being of Nations. The Role of Human and Social Capital*. – Paris 2001

Offe, Claus, Susanne Fuchs (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In: *Gesellschaft und Gemeinsinn*. Hrsg.: Robert D. Putnam. – Gütersloh 2001, S. 417–514

Peck, Jamie: *Workfare States*. – New York 2001

Portes, Alejandro: Social Capital: Its Origins and Applications in Modern Sociology. *Annual Rev. of Sociology* 24 (1998), S. 1–24

Portes, Alejandro; Landolt, Patricia: The Downside of Social Capital. *The American Prospect* 26 (1996), S. 18–23

Putnam, Robert D.: *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. – Princeton, NJ: 1993 (a)

Putnam, Robert D.: The Prosperous Community. *Social Capital and Public Life. The American Prospect* 13 (1993), S. 35–42 (b)

Putnam, Robert D.: Tuning in, Tuning out: The Strange Disappearance of Social Capital in America. *PS*, 28 (1995) 4, S. 664–683

Putnam, Robert D.: *Bowling Alone: the Collapse and Revival of American Community*. – New York 2000

Roth, Roland: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16 (2003) 2, S. 59–73

Rubin, Herbert J.: Renewing Hope within Neighborhoods of Dispair. *The Community-Based Development Model*. – Albany 2000

Schambra, William C.: All Community is Local. The Key to America's Civic Renewal. In: *Community Works: The Revival of Civil Society in America*. Hrsg.: E. J. Dionne Jr. – Washington D. C. 1998, S. 44–49

Schnur, Olaf: Sozialkapital und Stadtentwicklung. *RaumPlanung* 87 (1999), S. 255–262

Schnur, Olaf: Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt“. – Opladen 2003

Seeleib-Kaier, Martin: Globalisation and the German Social Transfer State. *German Politics* 10 (2001) 3, S. 103–118

Sirianni, Carmen; Friedland, Lewis: Social Capital and Civic Innovation: Learning and Capacity Building from the 1960s to the 1990s. In: *Annual Meetings of the American Sociological Association* 1995

Sirianni, Carmen; Friedland, Lewis: Civic Innovation in America. Community Empowerment, Public Policy, and the Movement for Civic Renewal. – Berkeley 2001

Stoeker, Randy: The CDC Model of Urban Redevelopment: A Critique and an Alternative. *Journ. of Urban Affairs* 19 (1997) 1, S. 1–22

Voges, Wolfgang; Jacobs, Herbert; Trickey, Heather (2000): Uneven Development – local authorities and workfare in Germany. In: *„An Offer You Can't Refuse“*. Workfare in International Perspective. Hrsg.: Ivar Lodemel, Heather Trickey. – Bristol 2000

Walther, Uwe-Jens; Mensch, Kirsten (Hrsg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Dokumentation einer gemeinsamen Veranstaltung der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ der DGfS und der Schader-Stiftung. – Darmstadt 2004

Warren, Mark R.: *Dry Bones Rattling. Community Building to Revitalize American Democracy*. – Princeton 2001

Williamson, John: Latin American Adjustment: How much has happened? – Washington 1990 (Institute for International Economics)

Williamson, John: The Washington Consensus Revisited. In: *Economic and Social Development into the XXI Century*. Hrsg.: L. Emmerij. – Washington 1997 (Inter-American Development Bank)